



# Freiheit und zielgerichteten Gesundheitsschutz verbinden

FDP-Frontmann Christian Lindner: Ohne falsche Zögerlichkeit  
Beschränkungen durch klare Vorgaben ersetzen

**A**ls die Corona-Epidemie ausbrach, unterstützte die FDP unter Führung von Frontmann Christian Lindner die Politik der Bundesregierung. Inzwischen wird aber der Kurs von Kanzlerin Merkel durch die Liberalen zum Teil heftig attackiert. Der FDP-Fraktionsvorsitzende stört sich vor allem an Merkels Warnung vor „Öffnungsdiskussionsorgien“. Sein Credo: Der Staat muss begründen, warum er die Freiheit seiner Bürger einschränken will – nicht umgekehrt. Da fühle er sich an die „Alternativlosigkeit“ in der Finanzkrise und an die Flüchtlingskrise erinnert, in der die Stimmung bald gekippt sei, wird Lindner im Nachrichtenmagazin Focus zitiert. Deshalb müsse der Sicherheitslogik der Kanzlerin und ihrer Unterstützer durch die Opposition eine kritische und laute Stimme der Freiheit entgegengesetzt werden. Und diese Stimme im demokratischen Spektrum, die die Probleme anspricht, will die FDP sein, wie Christian Lindner in einem Gespräch mit Joachim Schäfer betonte.

? Noch nie waren die Freiheitsrechte in der Bundesrepublik so stark beschränkt wie zur Zeit der Corona-Krise. Der gestaffelte Exit sei „ein nicht nur praktisch naheliegender, sondern auch verfassungsrechtlich gebotener Weg“, schreibt der frühere Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio in der FAZ. Da sich die politischen Entscheider hier vor einer klaren Aussage drücken, ist es nicht naheliegend, dass sich die Freiheitspartei FDP eindeutiger positioniert?

**Christian Lindner:** Unsere Position war und ist eindeutig: Zu Beginn der Pandemie, die unser Land vollkommen unvorbereitet traf, waren harte Einschränkungen unumgänglich. Die anfänglichen Maßnahmen haben wir im Deutschen Bundestag mitgetragen und sogar initiativ eingefordert, noch bevor die ersten Schulen geschlossen worden waren. Genauso haben wir aber als erste die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Restriktionen und deren negativen Folgewirkungen aufgeworfen. Auch vor dem Hintergrund verschiedener Gerichtsurteile wurde Ende April bereits klar, dass die Verhältnismäßigkeit pauschaler Einschränkungen nicht mehr gegeben und ein Wechsel der Krisenstrategie geboten war. In unserem Verfassungsstaat ist immer derjenige in der Begründungspflicht, der Grundrechte einschränkt – nicht

umgekehrt. Wir haben daher schon früh Vorschläge für eine smarte Öffnungsperspektive vorgelegt, die Freiheit und zielgerichteten Gesundheitsschutz verbindet. Dass die Große Koalition diese Debatte zunächst nicht zulassen wollte, ist problematisch. Die Bundesregierung muss sich einen offenen Diskurs über jegliche Maßnahmen und Entwicklungen in diesen Krisenzeiten zumuten lassen.

? Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier geht sogar noch einen Schritt weiter als Di Fabio, indem er die Gefahr einer „Erosion des Rechtsstaats“ sieht, falls die „extremen Eingriffe in die Freiheit aller“ noch lange andauern sollten. Und weiter: „Wenn sich das über eine längere Zeit hinzieht, dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt.“ Das müsste doch bei Ihnen, bei den Spitzenpolitikern Ihrer Partei, alle Alarmglocken läuten lassen...

**Christian Lindner:** Wir erleben vermutlich die größte Krise seit Jahrzehnten. Es geht um Menschenleben, um das soziale Band unserer Gesellschaft und das Verhältnis der Nationen auf der Welt zueinander. Wir erleben zahlreiche Grundrechtseingriffe und die Wirtschaft steht mit dem Rücken zur Wand. Deswegen haben wir auch mit viel Nachdruck immer wieder Fragen

nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen gestellt. Aber unsere Demokratie ist intakt. Wir sind jetzt vorbereitet und haben gelernt, mit dem Virus umzugehen. Es ist daher gut, dass es nun eine Perspektive hin zu einer anderen Krisenstrategie gibt. Und wir werden sehr genau darauf achten, dass diese Wende nun auch umgesetzt wird.

? Gegenüber BILD-live haben Sie kurz vor Ostern die Krisenkommunikation der Bundesregierung scharf kritisiert. Zitat: „Ich habe den Eindruck, die Regierung spricht zu ihrem Souverän – zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes – wie zu Kindern, die man im Unklaren lässt, wie es denn nun weitergeht.“ Sehen Sie Ihre Forderung erfüllt, nach der es eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit geben muss, oder sehen Sie nach wie vor den „Modus der Alternativlosigkeit“ bei der Bundeskanzlerin?

**Christian Lindner:** Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert. Das hat uns Zeit gekostet. Es hätten längst Blaupausen für Schutzkonzepte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vorliegen können – unverhältnismäßige Einschränkungen wären so vermeidbar gewesen. In der Sache wurde jetzt um Fünf nach Zwölf ein besserer Weg

„Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert.“

**A**ls die Corona-Epidemie ausbrach, unterstützte die FDP unter Führung von Frontmann Christian Lindner die Politik der Bundesregierung. Inzwischen wird aber der Kurs von Kanzlerin Merkel durch die Liberalen zum Teil heftig attackiert. Der FDP-Fraktionsvorsitzende stört sich vor allem an Merkels Warnung vor „Öffnungsdiskussionsorgien“. Sein Credo: Der Staat muss begründen, warum er die Freiheit seiner Bürger einschränken will – nicht umgekehrt. Da fühle er sich an die „Alternativlosigkeit“ in der Finanzkrise und an die Flüchtlingskrise erinnert, in der die Stimmung bald gekippt sei, wird Lindner im Nachrichtenmagazin Focus zitiert. Deshalb müsse der Sicherheitslogik der Kanzlerin und ihrer Unterstützer durch die Opposition eine kritische und laute Stimme der Freiheit entgegengesetzt werden. Und diese Stimme im demokratischen Spektrum, die die Probleme anspricht, will die FDP sein, wie Christian Lindner in einem Gespräch mit Joachim Schäfer betonte.

? Noch nie waren die Freiheitsrechte in der Bundesrepublik so stark beschränkt wie zur Zeit der Corona-Krise. Der gestaffelte Exit sei „ein nicht nur praktisch naheliegender, sondern auch verfassungsrechtlich gebotener Weg“, schreibt der frühere Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio in der FAZ. Da sich die politischen Entscheider hier vor einer klaren Aussage drücken, ist es nicht naheliegend, dass sich die Freiheitspartei FDP eindeutiger positioniert?

**Christian Lindner:** Unsere Position war und ist eindeutig: Zu Beginn der Pandemie, die unser Land vollkommen unvorbereitet traf, waren harte Einschränkungen unumgänglich. Die anfänglichen Maßnahmen haben wir im Deutschen Bundestag mitgetragen und sogar initiativ eingefordert, noch bevor die ersten Schulen geschlossen worden waren. Genauso haben wir aber als erste die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Restriktionen und deren negativen Folgewirkungen aufgeworfen. Auch vor dem Hintergrund verschiedener Gerichtsurteile wurde Ende April bereits klar, dass die Verhältnismäßigkeit pauschaler Einschränkungen nicht mehr gegeben und ein Wechsel der Krisenstrategie geboten war. In unserem Verfassungsstaat ist immer derjenige in der Begründungspflicht, der Grundrechte einschränkt – nicht

umgekehrt. Wir haben daher schon früh Vorschläge für eine smarte Öffnungsperspektive vorgelegt, die Freiheit und zielgerichteten Gesundheitsschutz verbindet. Dass die Große Koalition diese Debatte zunächst nicht zulassen wollte, ist problematisch. Die Bundesregierung muss sich einen offenen Diskurs über jegliche Maßnahmen und Entwicklungen in diesen Krisenzeiten zumuten lassen.

? Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier geht sogar noch einen Schritt weiter als Di Fabio, indem er die Gefahr einer „Erosion des Rechtsstaats“ sieht, falls die „extremen Eingriffe in die Freiheit aller“ noch lange andauern sollten. Und weiter: „Wenn sich das über eine längere Zeit hinzieht, dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt.“ Das müsste doch bei Ihnen, bei den Spitzenpolitikern Ihrer Partei, alle Alarmglocken läuten lassen...

**Christian Lindner:** Wir erleben vermutlich die größte Krise seit Jahrzehnten. Es geht um Menschenleben, um das soziale Band unserer Gesellschaft und das Verhältnis der Nationen auf der Welt zueinander. Wir erleben zahlreiche Grundrechtseingriffe und die Wirtschaft steht mit dem Rücken zur Wand. Deswegen haben wir auch mit viel Nachdruck immer wieder Fragen

nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen gestellt. Aber unsere Demokratie ist intakt. Wir sind jetzt vorbereitet und haben gelernt, mit dem Virus umzugehen. Es ist daher gut, dass es nun eine Perspektive hin zu einer anderen Krisenstrategie gibt. Und wir werden sehr genau darauf achten, dass diese Wende nun auch umgesetzt wird.

? Gegenüber BILD-live haben Sie kurz vor Ostern die Krisenkommunikation der Bundesregierung scharf kritisiert. Zitat: „Ich habe den Eindruck, die Regierung spricht zu ihrem Souverän – zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes – wie zu Kindern, die man im Unklaren lässt, wie es denn nun weitergeht.“ Sehen Sie Ihre Forderung erfüllt, nach der es eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit geben muss, oder sehen Sie nach wie vor den „Modus der Alternativlosigkeit“ bei der Bundeskanzlerin?

**Christian Lindner:** Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert. Das hat uns Zeit gekostet. Es hätten längst Blaupausen für Schutzkonzepte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vorliegen können – unverhältnismäßige Einschränkungen wären so vermeidbar gewesen. In der Sache wurde jetzt um Fünf nach Zwölf ein besserer Weg

„Leider hat sich die Bundeskanzlerin lange einer dringend notwendigen Öffnungsdiskussion verweigert.“



eingeschlagen. Mit Hygiene- und Abstandsregeln einerseits und einem differenzierten regionalen Vorgehen andererseits hätten wir schon früher viel Schaden im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft verhindern können. Deshalb ist es richtig, ohne falsche Zögerlichkeit alle Beschränkungen durch klare Vorgaben für Hygienekonzepte, Abstandsregeln und den Gesundheitsschutz zu ersetzen.

**?** Ökonomen rechnen angesichts der Corona-Krise im laufenden Jahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 3 bis 6 Prozent. 6 Prozent würden dem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland infolge der Finanzkrise im Jahr 2009 entsprechen. Halten Sie dieses Horror-Szenario für realistisch?

**Christian Lindner:** Dieses Szenario ist leider realistisch. Während wir 2009 eine Krise der Finanzwirtschaft erlebt haben, sehen wir uns nun mit einer Krise der Realwirtschaft konfrontiert: Angebot und

„Freiheit, Wohlstand und Gesundheitsschutz durch smarte Konzepte wieder in Einklang bringen.“

Nachfrage fallen aufgrund einbrechender globaler Lieferketten, wegen der starken Restriktionen vor Ort und Ängsten vor Ansteckung zeitgleich aus. Priorität muss deshalb haben, Freiheit, Wohlstand und Gesundheitsschutz durch smarte Konzepte wieder in Einklang zu bringen. Komplette ausfallende Wertschöpfung wird der Staat nicht auf Dauer durch Hilfspakete auf Pump kompensieren können.

**?** Gleichwohl versprach Wirtschaftsminister Altmaier, im Zuge der Corona-Krise würde kein Arbeitsplatz verloren gehen. Teilen Sie den Optimismus des Wirtschaftsministers?

**Christian Lindner:** Solche Versprechungen kann eine Regierung in der Marktwirtschaft nicht seriös garantieren. Wir müssen aber alles dafür tun, dass wirtschaftliche Existenzen gesichert werden. Hier erweisen sich die Hilfspakete der Bundesregierung zunehmend als unzureichend und nicht treffsicher genug. Hilfen erreichen die Betriebe

teils nur langsam oder sind bereits erschöpft, weil sie an die falschen Stellen geflossen sind. Für Unternehmen mit 50 bis 250 Beschäftigten besteht noch immer eine enorme Förderlücke. Wir hatten deshalb ein alternatives Konzept entwickelt und auch bereits im Bundestag eingebracht. Für effiziente Soforthilfen sollten wir die Finanzämter als Schnittstelle zwischen Unternehmen und Staat nutzen. Bricht der Umsatz ein, kann auf Basis der ohnehin vorliegenden Steuerbescheide vergangener Geschäftsjahre schnell und unbürokratisch eine entsprechende Liquiditätshilfe als eine Art „negative Gewinnsteuer“ überwiesen werden. Bei der nächsten regulären Steuererklärung wird dann spitz abgerechnet. Dieses Modell ist nicht nur unbürokratischer, sondern würde gerade solche Betriebe berücksichtigen, die in den letzten Jahren gut und vorausschauend gewirtschaftet haben. Gerade unsere mittelständischen Unternehmen haben durch ihren Erfolg Wohlstand und Arbeitsplätze gesi-

chert und waren über Jahrzehnte durch die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben solidarisch. Nun müssen sie sich ihrerseits auf die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft verlassen können.

**?** Müssen wir nach Ende der Corona-Krise andere Prioritäten setzen und haben Sie nicht Sorge, dass der Staat einen noch größeren Raum in der Wirtschaftspolitik einnehmen wird als dies bisher schon der Fall ist?

**Christian Lindner:** In der akuten Krise trägt der Staat viel Verantwortung. Wir brauchen ihn, wenn es zum Beispiel um wirksame Konjunkturpakete und Soforthilfen geht. Allerdings kann eine Krise, die überhaupt erst durch einen zwar berechtigten, aber harten staatlichen Eingriff verursacht worden ist, nicht langfristig durch ein Mehr an Staat gelöst werden. Nach den Infektionsketten werden wir daher auch die staatlichen Interventionsketten wieder durchbrechen müssen. Zum Beispiel ist bei Unternehmen mit einem strategischen Wert wie der Lufthansa eine Rettung durch staatliche Be-

teiligungen eine Möglichkeit. In diesem Fall muss aber sofort die Frage nach dem Exit gestellt werden – Szenarien wie bei der Commerzbank, bei der der Staat seit der Finanzkrise Unternehmensanteile hält, müssen vermieden werden. Zudem dürfen staatliche Beteiligungen im Zuge der Coronakrise nicht dazu führen, dass der Staat auf die Unternehmensentscheidungen Einfluss nimmt. Es wäre ja absurd, wenn der Staat erst eine drohende Insolvenz

Mit  
Christian  
Lindner  
sprach  
Joachim  
Schäfer

Foto: BDS-Archiv

durch einen Lockdown verursacht und als „Rettung“ die Kontrolle über das betroffene Unternehmen übernimmt. Ich möchte nicht irgendwann in einem Land aufwachen, in dem wesentliche Teile der Wirtschaft teilweise verstaatlicht sind und die Entscheidungen nicht mehr auf Grundlage der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs getroffen werden. ■

**! Teil 2 des Interviews lesen Sie in der Juli-Ausgabe dieser Zeitschrift**



## Der Verkauf im Onlinesgeschäft boomt

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

Auch ein maßgeschneidertes Warenwirtschaftssystem, kann die Produktivität Ihrer Firma steigern. Dies alles natürlich mit Kunden- und Anwenderfreundlichkeit kombiniert.

**So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!  
Ihr K6-Team**



MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



● (0231) 2265789  
● (0231) 2265788  
● info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de